

## Medienmitteilung

Themen	Kantonsspital, Wirtschaftsoffensive und BLPK	
Für Rückfragen	Hector Herzig Kantonalspräsident M. 076 321 54 64 <a href="mailto:hector.herzig@grunliberale.ch">hector.herzig@grunliberale.ch</a>	Gerhard Schafroth Landrat / FIKO M. 079 509 79 49 <a href="mailto:gerhard.schafroth@grunliberale.ch">gerhard.schafroth@grunliberale.ch</a>
Absender	Grünliberale Partei Basel-Landschaft <a href="http://www.bl.grunliberale.ch">www.bl.grunliberale.ch</a>	
Datum	14. Februar 2014	

Die wichtigsten Themen im Landrat vom 13. Februar 2014:

### Kantonsspital BL

**Heinz Schneider, CEO, und Dieter Völlmin, VR-Präsident des Kantonsspitals, gehen oder werden gegangen. Wie weiter?**

Nun rächt es sich, dass weder der Regierungsrat noch der Landrat bei der Verselbständigung des Kantonsspitals 2012 eine klare Strategie erarbeitet haben.

Immer mehr Behandlungen sind ambulant möglich. Die stationären Behandlungen werden durch die Einführung fixer Fallkostenpauschalen immer kürzer. Somit sinkt der Bedarf nach Spitalbetten stark. Zudem führt der freie Markt zu einer ausgeprägten Spezialisierung. In diesem Umfeld kann das Kantonsspital BL nur überleben, wenn es seine Betten-Kapazität rasch massiv reduziert und sich auf seine Kernkompetenzen konzentriert, nämlich die erweiterte Grundversorgung.

Die Schliessung der Spitäler Laufen und Bruderholz wird unvermeidlich. Nur getraut sich die Politik nicht, diese radikalen Massnahmen offen zu diskutieren. Die Herren Schneider (CEO) und Völlmin (VR-Präsident) sind nicht mehr an Bord. Nun liegt es am verantwortlichen Regierungsrat Thomas Weber (Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, VGD), rasch für eine realistische Situationsanalyse zu sorgen. Der Regierungsrat muss eine klare und erfolversprechende Strategie erarbeiten und politisch breit absichern.

Wir glp-Landräte fordern, dass die Karten der Spitalpolitik nun ungeschminkt auf den Tisch gelegt werden. Wir unterstützen auch radikale Massnahmen, wenn damit langfristig eine wirtschaftliche und wirksame Gesundheitsversorgung der Baselbieter Bevölkerung erreicht werden kann.

### Wirtschaftsoffensive

**Seit heute wissen wir, dass die Wirtschaftsoffensive ihre Ziele nicht erreicht. Wie weiter?**

2013 hat der Regierungsrat die Wirtschaftsoffensive gestartet mit dem Ziel, die Steuererträge der juristischen Personen im Baselbiet bis 2018 um 50% zu steigern. Dafür hat der Landrat dem Regierungsrat ein Budget von insgesamt 7.5 Mio. für die Jahre 2013 – 2017 bewilligt. An der gestrigen Landratssitzung hat Regierungsrat und Finanzdirektor Toni Lauber anlässlich der Fragestunde eingeräumt, dass die Steuererträge zwar steigen werden, die Ursachen dafür aber nicht bei der Wirtschaftsoffensive liegen.

Der Regierungsrat geht heute zudem davon aus, dass die Steuererträge juristischer Personen wegen der Unternehmenssteuerreform III höchstwahrscheinlich sogar deutlich sinken. Somit räumt der Regierungsrat ein, dass er dem Landrat mit völlig überrissenen Versprechen einen sehr grossen Kredit für die Wirtschaftsoffensive abgeluchst hat. Auch hier verlangen wir glp-Landräte, dass nun die Karten ungeschminkt auf den Tisch gelegt werden.

Unser persönlicher Eindruck ist, dass die kantonale Verwaltung unter einer sehr schwachen Leitung früherer Regierungsräte in der VGD und der Bauverwaltung (BUD) ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat. Darunter verstehen wir eine Areal-Entwicklung sowie eine effiziente Unterstützung von Unternehmen in Bewilligungsverfahren. Die VGD und die BUD müssen endlich aus ihrem Dornröschenschlaf aufwachen und den bestehenden Unternehmen und potentiellen Zuzüglern als Dienstleister gegenüberreten. Der Regierungsrat trägt hierfür die Verantwortung. Die Aktivitäten von „Wirtschaftsförderer“ Marc-Andé Giger machen einen überzeugenden Eindruck, nur sind die CHF 7.5 Mio. dafür ein viel zu hoher Preis. Auf die Leistungen (und damit die hohe Entlohnung) von Wirtschafts-Bestandepfleger Thomas de Courten kann getrost verzichtet werden. Ausser dessen Kosten ist von diesem bisher noch keine wirksame Leistung bekannt geworden.

#### Pensionskasse – Finanzlage des Kantons

#### **Der Landrat will CHF 276 Mio. Sanierungskosten der Gemeinde-Lehrer übernehmen. Wie geht es weiter mit den Kantonsfinanzen?**

Der Landrat hat sich gestern zähneknirschend dazu durchgerungen, die BLPK-Sanierungskosten von CHF 276 Mio. der Primarlehrer von den Gemeinden an den Kanton zu übertragen. Damit werden die Gemeinden substantiell finanziell entlastet. Sachlich ist dies deshalb gerechtfertigt, weil die Gemeinden betreffend Entlohnung und beruflicher Vorsorge ihrer Primarlehrer ohnehin nie etwas zu sagen hatten. Damit ziehen die Gemeinden ihre „Gemeinde-Initiative“ zurück und das Risiko entfällt für den Kanton, dass er im Worst Case sogar CHF 890 Mio. übernehmen muss.

Diese Diskussion ist das unmittelbare Resultat des Entscheids für die Vollkapitalisierung bei der Sanierung der BLPK. Bei der Teilkapitalisierung, die wir von der glp mit aller Kraft unterstützt haben, wäre die Kasse direkt von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern saniert worden. Eine Übertragung der Sanierungslast wäre gar nicht möglich gewesen. Wir zahlen damit jetzt sozusagen die Strafprämie für den Entscheid der Vollkapitalisierung. Der Kanton wird somit – bis jetzt – mit CHF 526 Mio. belastet. Diese CHF 526 Mio. setzen sich zusammen aus CHF 350 Mio. für den an ihn überwälzten Teil des Spitals und CHF 276 Mio. für den Gemeindeanteil der Primarlehrer. Dieser Betrag wird sich noch massgeblich erhöhen durch Garantiefälle anderer Arbeitgeber der BLPK (Spitex, Bürgergemeinden, Kirchen usw.) und vor allem die Zinsen auf dieser Schuld.

Der Kanton ist allein durch die Vollkapitalisierung der BLPK bei Banken im Umfang eines Jahres-Budgets verschuldet und damit am Dach seiner Verschuldungs-Möglichkeit angelangt. Dabei verfügt er über keinerlei Planung zur Rückzahlung dieser immensen externen Schuld. Steuererhöhungen sind kaum mehr drin, da Baselland im Bereich des Mittelstandes, d.h. bei CHF 100'000 Einkommen, jetzt schon auf Rang 23 von 26 Kantonen liegt. Steigen die Zinsen und/oder kommt die nächste Rezession mit zusätzlichen Sozialkosten, wird der Kanton gar nicht mehr anders können als sein letztes Tafelsilber zu verscherbeln.

Auch im Bereich der Kantonsfinanzen werden wir erst wieder auf einen grünen Zweig kommen, wenn die Karten mit einer seriösen Finanzplanung ungeschminkt auf dem Tisch liegen und wir bereit sind, auch sehr bittere Pillen zur nachhaltigen Gesundung der Finanzen des Kantons zu schlucken.

Für Rückfragen:

Gerhard Schafroth, Landrat / FIKO

M. 079 509 79 49

[gerhard.schafroth@grunliberale.ch](mailto:gerhard.schafroth@grunliberale.ch)

